

3.5 Weltoffene Gesellschaft: Konsequenz gegen rechts

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	03.09.2018
Tagesordnungspunkt:	3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg
Status:	Modifiziert

1 2017 war das Jahr, in dem seit Beginn der Ermittlung im Jahr 1993 mit 1440 Personen die zweithöchste
2 Zahl an rechtsextremen Personen im Land verzeichnet wurde. Von ihnen gelten knapp 70 Prozent als
3 „gewaltorientiert“ und stellen ein großes Bedrohungspotential für alle hier lebenden Geflüchteten, sowie
4 unser friedliches Zusammenleben dar. Wir Bündnisgrüne streiten für eine weltoffene Gesellschaft und
5 treten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus entschieden entgegen. Wir wollen unsere
6 Demokratie gegenüber allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärken. (Schlüsselprojekt)
7 Wenn Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund Zielscheibe von Rassismus und
8 rechtsmotivierter Gewalt werden, brauchen sie unseren besonderen Schutz. Für die Opfer solcher
9 Straftaten haben wir im Landtag ein Bleiberecht durchgesetzt.

10 Polizei und Justiz müssen so ausgestattet werden, dass sie gegen die Bedrohung durch Rechtsextreme
11 gewappnet sind. Vor allem die Analyse-Kompetenz muss verbessert werden, indem Fachpersonal
12 gewonnen und vorhandenes Personal weitergebildet wird. Zuletzt zeigte sich die fehlende
13 Analyse-Kompetenz insbesondere des Verfassungsschutzes darin, dass er Teile der Brandenburger AfD und
14 die „Pegida“-Partner von „Zukunft Heimat“ immer noch nicht als rechtsextremistisch identifiziert hat. Dabei
15 erfüllt deren Propaganda längst die Rechtsextremismus-Definition. Als da wären aggressiver
16 Nationalismus, der Wunsch nach einer Volksgemeinschaft auf rassistischer Grundlage, Antipluralismus und
17 die ständige Diffamierung der demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten. Gehetzt wird gegen
18 alle Parteien außer der AfD, gegen Gerichte, gegen Kirchen und gegen Gewerkschaften. Der Verein „Zukunft
19 Heimat“ und Teile der AfD müssen folglich dringend vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Wir stehen
20 einem nachrichtendienstlich organisierten Verfassungsschutz zwar kritisch gegenüber – aber so lange es
21 ihn gibt, muss er auch seine Aufgaben erfüllen. Nicht erst der NSU-Untersuchungsausschuss hat allerdings
22 erschreckende Missstände bei diesem Verfassungsschutz deutlich gemacht. Wir wollen eine grundlegende
23 Überprüfung und Reform des Verfassungsschutzes, weil wir der Meinung sind, dass eine wissenschaftliche
24 Institution die Verfassung wahrscheinlich besser schützen kann als ein Nachrichtendienst. Sofern der
25 Verfassungsschutz als Nachrichtendienst organisiert bleibt, muss aber eine parlamentarische Kontrolle
26 sichergestellt sein, die diesen Namen auch verdient hat. Das heißt, die Kontrolle darf nicht überwiegend
27 auf Informationspflichten des Verfassungsschutzes gegenüber der Parlamentarischen Kontrollkommission
28 (PKK) beschränkt bleiben, sondern PKK-Mitglieder und ihre Mitarbeiter*innen müssen umfassende
29 individuelle Zugangs- und Akteneinsichtsrechte bekommen. Abgesehen davon lehnen wir das
30 V-Leute-System in seiner heutigen Form ab. Es kann nicht sein, dass die zu beobachtenden Milieus vom
31 Staat mittelbar finanziert und teilweise die verfassungsfeindlichen Strukturen erst geschaffen werden, über
32 die hinterher berichtet wird. Die Mittel für Initiativen, Beratungsstellen und Vereine, die sich seit Jahren im
33 Kampf gegen rechts engagieren, wollen wir deutlich und dauerhaft aufstocken.